

Deutsche Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung, in der sich das neue Kabinett vorstellte, wurde vormittags um 10.20 Uhr von Präsident Fehrenbach eröffnet. Der Präsident richtete in Erinnerung an die Stuttgarter Tagung an Württemberg herzlichste Grüße. (Beifall.)

Das Programm der neuen Regierung.

Reichskanzler Müller: Die neue Regierung ist getragen von den gleichen Parteien, wie die alte. Dem früheren Reichskanzler und seiner Regierung gebührt der herzlichste Dank. (Bravo.) Wer mit Kapp gemeinschaftliche Sache gemacht hat, muß verschwinden. Mit eisernem Besen muß ausgekehrt werden. (Zurufe: Aber schnell!) Eine demokratische Regierung ohne Demokraten ist eine innen- und außenpolitische Gefahr. Wir haben Demokraten. Sie müssen nur an die richtige Stelle gesetzt werden. Der Reichswirtschaftsrat wird schnellstens geschaffen werden. Ebenso werden die anderen in Angriff genommenen Gesetze schnellstens fertiggestellt werden. Wirtschaftszweige, die dazu reif sind, sind in öffentliche Bewirtschaftung oder Kontrolle zu übernehmen. Elektrizität, Kohle und Kali sind die ersten bisher fallenden Gegenstände. Für die Landwirtschaft muß künstlicher Dünger geschaffen werden. Die neue Regierung übernimmt das Programm der alten. — Die Demokratisierung der Verwaltung, die Auflösung ungetreuer Heeresformationen und an deren Stelle die Schaffung neuer Verbände, die als wahrhafte, keinen Stand ausschließende Volkswehr bezeichnet werden können, alles dies unter Beteiligung der schaffenden Stände zu lösen, muß unsere große Aufgabe sein. Der Aufbau der sozialen Gesetzgebung ist dringend nötig. Ein Schlichtungsgesetz ist in Vorbereitung. Großzügige Durchführung der Fürsorge für die Kriegsoffer ist unsere heiligste Pflicht. (Lebh. allgemeine Zustimmung.) Das Verordnungsrecht für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen ist fertiggestellt. Fürsorge für Arbeiter und Angestellte muß geschaffen werden, indem das Arbeiter- und Beamtenrecht schnellstens durchgeführt wird. Verwaltungsreform und Beamtenbesoldungsreform müssen alsbald ihren gesetzlichen Ausdruck finden. Trotdem wird die Arbeit der Nationalversammlung zeitig abgeschlossen werden müssen, weil das Volk nach dem Staatsstreich mit den Kappanhängern eine gewaltige Abrechnung durch die Wahlen haben will. (Links: Sehr richtig!) Lokale Erfüllung des Friedensvertrags, Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Gemeinschaftlichkeit zwischen den Völkern, Heranholung aller geistigen Kräfte sind unsere Aufgaben. Unser Kurs bleibt in der Außenpolitik der alte, weil er richtig war. Aus einem Teile des Ruhrgebietes kommen Deputationen zur Regierung, die die Lage schildern. Wir verhandeln mit der Entente darüber, daß wir im Notfall für kurze Zeit etwas mehr Truppen in die gefährdeten Gebiete senden dürfen. Frankreich will das nur gestatten, wenn es dagegen Frankfurt, Darmstadt und andere Orte besetzen kann. Ich weise das zurück. Wir wollen doch nur die Ruhe im Ruhrgebiet herstellen, auch um Frankreich die versprochene Kohle liefern zu können. (Beifall.) Im deutschen Volke ist kein Platz für eine Diktatur; komme sie, woher sie wolle. Der Putsch des 13. März hat das deutsche Volk um die Freude über die Abstimmung in Schleswig gebracht. Wir sehen den anderen Abstimmungen mit Zuversicht entgegen. — Der Weg Kapps war auch der Weg der Rechte. Das beweisen die Stellungnahmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei (Lärm rechts) unmittelbar nach dem Austritt Kapps, die keinen Tadel für diesen enthielten. Das war Heuchelei. Das Volk wird richten zwischen ihnen und uns. Der Generalstreik war ein Vorpiel der kommenden Wahlen. Dieses Unternehmen hat das deutsche Volk zum zweitenmal schwer geschädigt. Das erste Unternehmen war der Krieg, das zweite das Kappunternehmen. Das Volk war an dem Putsch nicht beteiligt. Nur deutsch-nationale Hochverräter und verzerrte Soldaten waren es, die das deutsche Volk in schweres Unglück stürzten. Noch lange wird Deutschland unter dem Wahnsinn dieser Tage zu leiden haben. — Im Ruhrgebiet ist die Diktatur von rechts in die von links umgeschlagen. Aber auch dort wächst die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung. Die Waffen sind dort vielfach in die Hände von Leuten gelangt, für deren Rauben, Morden und Stehlen ich keine Partei verantwortlich machen kann. Diese Zustände können nicht länger geduldet werden. Wir werden die Hände nicht ruhig in den Schoß legen. Das Deutschland Ludendorffs und Lüttwigs hat endgültig abge-

wirtschaftet. Mit dem Bolschewismus macht man uns nicht lange. Wir lehnen ihn ab. Aber die größte Gefahr kommt von rechts. (Lärm rechts.) Das Volk wird das Gesamturteil fällen. (Lebh. Beifall, Zischen rechts, wiederholter Beifall.)

Die Besprechung der Regierungserklärung wurde verschoben und zunächst andere Gegenstände erledigt. Die Gesetzesentwürfe betr. vorläufige Regelung des Reichshaushalts, Notetats und des 3. Nachtragsetats, das Besoldungsgesetz und das Gesetz betr. die Verreichlichung der Eisenbahnen wurden den Ausschüssen überwiesen, das Gesetz betr. die Besteuerung der Reichsbank in allen drei Lesungen erledigt, ebenso das Gesetz betr. das Abkommen über den Kieler Hafen.

Nachmittags-sitzung.

Nachmittags 1 Uhr 10 eröffnet Präsident Fehrenbach wieder die Sitzung.

Abg. Holz (Zentr.): Unser Ziel kann nur sein die Erhaltung des Reichs und allmähliche Befundung der Wirtschaft. Zu solcher Arbeit haben sich die Mehrheitsparteien zusammengefunden. Die Koalition hat gehalten. Ohne sie gibt es keine Rettung. Freilich zwingt sie alle Teilnehmer zum Verzicht. Verbrechen von rechts und links suchen uns ins Verderben zu ziehen. Es war eine deutsch-nationale Bewegung, aber weder deutsch noch national. Die Rechte muß die Verantwortung für diese Dinge und für ihre Presse tragen, so lange sie politische Karren und Verbrecher in ihren Reihen duldet. Das Karrenspiel von rechts hatte das Verbrechen von links zur Folge. Wir bitten den Reichskanzler, die Gefahr des Bolschewismus nicht zu unterschätzen. Alle verdächtigen Elemente müssen aus der Reichswehr. Offiziere und Mannschaften müssen mehr als bisher aus bürgerlichen und Arbeiterkreisen entnommen werden. Eine bloße Bewaffnung der Arbeiter kann man uns nicht zumuten. Das politische Gesindel aus dem Osten mit seiner Verheerung muß aus dem Reich entfernt werden.

Abg. Henke (U.S.P.): Wenn die Haltung der Gewerkschaften, die wir billigen können, nur ein Manöver gewesen sein soll, so werden wir dafür sorgen, daß der Arbeiterschaft der Star gestochen wird, und die Politisierung der Gewerkschaften ihren Fortgang nimmt. Die alte Regierung hat von Stuttgart aus den Verbrechern von rechts scharfe Strafe angedroht. Was ist dagegen geschehen? Auch die neue Regierung ist dem Militarismus gegenüber vordrängig, so lange sie sich nicht auf das bewaffnete Proletariat stützt. Wir haben kein Vertrauen zu der neuen Regierung, vor allem nicht zum Reichswehrminister.

Abg. Legien (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion spricht der neuen Regierung ihr Vertrauen aus. Wir verlangen von der Regierung, daß die Hochverräter gefaßt und ihr Vermögen konfisziert wird, um daraus die Lebensmittelpnot der Minderbemittelten zu beheben. Wir sind uns der Verantwortung bei der Aufforderung zum Generalstreik wohl bewußt gewesen. Aber es handelte sich um Freiheit und Recht. Keine Regierung kann ohne Zustimmung der Arbeiter regieren. Die Reichswehr muß umgestaltet werden. Der Kapp-Putsch hat die Lebensmittelpreise wieder hochgetrieben. Die Unternehmer müssen die Löhne erhöhen, und wo sie es können, helfend eingreifen. Verhängnisvoll wäre es für Deutschland, wenn die Arbeiter enttäuscht werden, wenn die Vereinbarungen nicht schnell und energisch durchgeführt werden würden. Es muß auch endlich Schluß gemacht werden mit der unsinnigen Agitation gegen den Bolschewismus. In Deutschland ist kein Boden für den Bolschewismus. (Lärm und Lärm rechts.)

Reichswehrminister Geßler: Ich werde versuchen, die Klust schnell zu schließen, die der Kapp-Putsch in der Reichsverteidigung geschaffen hat. Es handelt sich um ein Problem der Gesinnung. Die Verleher der Verfassung müssen entfernt werden. Eine Untersuchungskommission ist eingesetzt. Daß wir in den schweren Tagen auf einen Teil unbedingt zuverlässiger Truppen rechnen konnten, bleibt Roskes Verdienst. Daß er von einer Reihe von Offizieren getäuscht wurde, darunter muß die ganze Reichswehr leiden. Die Schuldigen an den Ausschreitungen werden bestraft werden. Die Truppen müssen in die Kasernen, das Volk muß zur Arbeit zurückkehren. Der Belagerungszustand soll raschestens abgebaut werden. An den heutigen Verhältnissen im Ruhrgebiet hat keine Partei Schuld, aber daß sie so werden konnten, daran ist die Sache Kapps Schuld. (Lärm rechts.) Die Reichswehr muß nach der Säuberung auf breiterer demo-

kratischer Grundlage aufgebaut werden ohne Gesinnungsschnüffelerei. Jede kastenmäßige Abschließung des Heeres muß aufgehört werden. Die Führerstellen müssen besonders auch Demokraten offen stehen. (Beifall.)

Reichsminister Blunck teilt mit, daß gegen Kapp, Jagow, Babst, Bauer, Schiele, Brederel, Frhr. v. Fallenhäusen, Doye, v. Lewehow, v. Winterfeldt, Lindemann (Kiel) und andere das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden ist. Soweit die Genannten nicht in Haft sind, ist Steckbrief erlassen. Das Vermögen ist beschlagnahmt.

Abg. Dr. Heinze (D.V.P.): Als ich Nachricht von der unverantwortlichen Tat Kapps erhielt, war ich auf das höchste entrüstet. Wir müssen unbedingt auf dem Boden des Rechts stehen. Die gegenwärtige Verfassung muß geschützt werden. Wir können eine Regierung nur anerkennen, die auf der gegenwärtigen Verfassung beruht. Ich habe jede Verbindung mit Kapp abgelehnt, weil ich die Stimmung meiner Partei kannte. Es wäre besser gewesen, wenn Sie auf unsere Forderung eines früheren Wahltermins eingegangen wären. (Lärm und Unruhe.) Die ganze Situation wird wahlplatorisch gegen die Rechte ausgebeutet. Der Generalstreik war ein großer politischer Fehler. (Lärm bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Haas (Dem.): Herr Heinze hat persönlich große Verdienste um die Wahrung der Verfassung, aber den Aufruf seiner Partei hätte er preisgeben sollen. (Lärm rechts.) Sie haben die Regierung Kapp mit dem Aufruf anerkannt. (Lärm rechts und Widerspruch.) Die Deutsch-nationale Volkspartei hat jedenfalls die Kappisten anerkannt. Gegenüber den Hochverrätern ist rücksichtslose Strenge am Platze, auch wegen des Auslandes. Roskes Arbeit in schweren Tagen muß noch gewertet werden. Deutschland muß auf dem Boden der Republik bleiben.

Reichskanzler Müller teilte mit, daß das Exekutivkomitee in Duisburg der Reichsbankstelle dort mit bewaffneter Hand 1 Million abgenommen habe. Die Verhältnisse daseibst schienen sich also noch nicht gebessert zu haben.

Zum Schluß teilte Präsident Fehrenbach mit, daß das Haus vermutlich am Dienstag in die Osterferien gehen werde, und zwar bis zum 14. April.

(W.B.) Berlin, 29. März. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Arbeiten der Nationalversammlung bis zum 25. April abgeschlossen sein werden, so daß Ende Mai die Neuwahlen stattfinden könnten. — Die Führer der drei Mehrheitsparteien haben am Schluß der heutigen Sitzung der Nationalversammlung für das neue Kabinett ein Vertrauensvotum eingebracht. Darin wird die Erklärung der Regierung gebilligt und die Beurteilung der Anführer und Helfershelfer zu dem Staatsstreich ausgesprochen. Der Antrag trägt die Unterschrift von 315 Mitgliedern der Nationalversammlung.

Die kommunistische Bewegung.

Vor einem kommunistischen Putsch.

(W.B.) Karlsruhe, 30. März. Nach eingelangenen Depeschen haben die Kommunisten den heutigen 30. März als den Tag des allgemeinen Losschlagens bestimmt. Von Mannheim und Stuttgart aus soll der Sturm auf der ganzen Linie auch in Süddeutschland einsehen. Vor Norddeutschland aus will man die süddeutschen Kommunisten mit Maschinengewehren und Munition versehen, zunächst aber soll Frankfurt a. M. in ihre Gewalt gebracht werden, damit von dort aus die Bewegung in Süddeutschland gestützt werden kann. Aus einem in russischer Sprache abgefaßten Brief aus Essen geht hervor, daß alle Vorbereitungen zur Erreichung dieses Zieles, also des gewalttätigen Umsturzes getroffen worden sind. — Es handelt sich somit um einen regelrechten Putschversuch, gegen den sich die gesamte Bevölkerung Badens ohne Unterschied der Partei wie ein Mann auflehnen muß, denn ein auch nur vorübergehender politischer Erfolg der Kommunisten würde unsere gesamte Lebensmittelpzufuhr ins Stoden bringen und damit sofort die Gefahr der Hungerröt heraufbeschwören. Die politischen Wirren der Gegenwart ertragen keine Steigerung. Mit allen Mitteln muß deshalb den wahnwitzigen Plänen der Kommunisten entgegengetreten werden.

tsgefuch.

t wer,
r Jahre mit zwei
Kindern in an-
Stellung wünscht
in geistigem Alter
eirat in Ver-
g zu treten.
ve mit 1 Kind
schließen.
Wenn möglich mit
zu richten:
nd F. R. 32
amt Calw.
enheit zugesichert.

irat!

Witwer,
st, evang. geund,
ht veraltet, eig.
it in einer Stadt
g. Schwarzwald,
müßigt
ge Heirat
Fräulein oder
zu 50 Jahren.
ete Einheirat
eschlossen.

träge unter N.
le Geschäftsstelle

ervogel“
ge, lustige Herren
Bekanntheit
Namen, welche
einige
wanderungen
n. mit Bild unter
ogel“ an die Ge-
d. Bl.

urka
pulver
Zerkleinerlich

iebe
geflecht
abeln
ehen
haufeln
paten
auen
leppchen
aller Art
fagen
nsfagen
und
enscheren
mpfiehlt
sackenhuth
ergasse.

ib=
alle anderen
kauft zu den
schsten
espreisen
lb, Kürschner.

einrichtung
und Spiritus
verkauft.
s in der Geschäfts-
Blattes.

Das Ziel der Kommunisten — Die Weltrevolution.

(W.B.) London, 29. März. Einer Depesche der „Times“ aus Rotterdam zufolge sind die spartakistischen Erhebungen in West- und Ostdeutschland, die Streiks in Holland und die Streikbewegungen der Bergarbeiter in England nach ziemlich sicheren Anzeichen auf einen großen methodischen Plan der Kommunisten zurückzuführen, die hoffen, im kommenden Sommer die Weltrevolution zu entfesseln.

Die Verhandlungen mit den Aufständischen.

* Berlin, 30. März. Der „Vorwärts“ berichtet aus Ebersfeld, daß die sozialdemokratische Partei Ebersfelds der Reichsregierung gestern Abend um 8 Uhr mitteilte, daß sie eine Verlängerung des Waffenstillstandes der Reichsregierung vom 28. März um drei Tage verlange. In einer gleichen Mitteilung des Zentralrats in Essen werden die Bedingungen des Generals Watter in fünf Punkten als technisch unausführbar bezeichnet. Zur Abwehr des Watter'schen Planes hat der Zentralrat beschlossen, zum sofortigen Generalsstreik aufzurufen. Zugleich erklärte der Zentralrat, daß er die Watter'schen Beschlüsse anerkenne und daß die militärischen Führer erklärt haben, sich dem zu unterwerfen.

Explosionen in Düsseldorf.

* Berlin, 30. März. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ erfährt aus Düsseldorf: Nachdem die Stadtverwaltung eben erst für die Sicherheitswehr des Volkzugsrats 185 000 Mark entrichtet hatte, verlangte ein Trupp schwer bewaffneter eine neue Summe von 200 000 Mark. Die Stadtverwaltung mußte unter dem Druck der bewaffneten Menge 100 000 Mark dem Volkzugsrat überlassen.

Die Not im Ruhrgebiet.

* Berlin, 29. März. Die Berliner Morgenblätter melden aus Duisburg: Unter den Arbeitern im Ruhrgebiet drohen Unruhen auszubrechen, da die Werke nicht mehr auslöshen können. Der Volkzugsrat versucht, Notenkassen einzurichten. Die Zahlungsmittel der Aufständischen werden aber immer knapper. Die Frontkämpfer sind schon ungeduldig geworden, weil ihnen vorgestern und gestern nur der halbe Sold ausbezahlt worden ist. Die städtischen Beamten von Duisburg sind wegen der Gefangenhaltung des Oberbürgermeisters und des Stadtkämmerers in den Ausstand getreten.

Zur äußeren Lage.

Die Besetzung der 1. Schleswigschen Zone durch Dänemark.

(W.B.) Kopenhagen, 27. März. Der deutsch-schleswigsche Ausschuss des Reichstags hielt gestern eine Sitzung ab, in der der Minister für Schleswig davon Mitteilung machte, daß die militärische Besetzung der ersten schleswigschen Zone durch Dänemark am 1. April stattfinden wird.

Flensburg bleibt deutsch.

* Berlin, 28. März. Der „Voss. Ztg.“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Die Internationale Kommission hat nunmehr, wie „Politiken“ erfährt, ihren Spruch dahin gegeben, daß Flensburg mit der ganzen zweiten Zone vollständig bei Deutschland bleiben soll. Die künftige Grenze zwischen Deutschland und Dänemark soll demnach die Südgrenze der ersten Zone bilden. Unter diesen Vorbehalt, der auch die Gemeinden mit deutscher Mehrheit in der ersten Zone Dänemark zuspricht, hat nun der Oberste Rat in Paris zu beschließen.

Die Polonisierung Danzigs.

ep. Der Ausverkauf deutschen Bodens an feindliche und neutrale Ausländer macht in den Grenzmarken reisende Fortschritte. In Danzig z. B. herrscht nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ auf dem Gebiete des Grundstücksmarktes ein wahrer Hegenabbat. Und zwar sind es vornehmlich die Polen, die mit unheimlicher Zielstrebigkeit an der Arbeit sind, die Stadt, die ihnen der Friedensvertrag vorenthalten hat, auf diesem Weg in ihren Besitz zu bringen. In einem Artikel, der die bezeichnende Ueberschrift trägt „Landsleute, helft uns Danzig polonisieren!“ schreibt eine polnische Zeitung: „Ihr polnischen Kaufleute, kommt nach Danzig, kauft Danzig restlos auf! Ihre polnischen Fabrikanten, sorgt dafür, daß in Danzig polnische Fabriken gebaut werden!“ So sind heute schon eine Unmenge Grundstücke, namentlich Gasthöfe und Geschäftshäuser, aber auch zahlreiche Wohngebäude und noch unbebautes Gelände in polnische Hände übergegangen; ein einziger Danziger Gasthof soll noch einen deutschen Besitzer haben. Das Bedrückendste an diesen Vorgängen ist, daß deutsche Grundbesitzer den hohen Angeboten der Zwischenhändler, die oft das 3- und 4fache des Einschätzungswertes bieten, nicht widerstehen können, sondern sich willfährig zur Verwirklichung der für den deutschen Charakter der Stadt tödlichen polnischen Pläne hergeben: so sehr ist das einfachste Heimatgefühl und vaterländische Pflichtbewußtsein von der Profitgier überwuchert. Seht hier nicht eine kräftige Gegenwirkung der Einwohnerschaft ein — die reichsdeutsche Geseßgebung hat in der „freien Stadt“ Danzig ja nichts mehr zu sagen —, so geht auch diese Perle deutscher Städte auf lange hinaus, vielleicht für immer dem Deutschthum verloren.

Von der Bolschajerkonferenz.

(W.B.) London, 29. März. Die Bolschajerkonferenz trat heute unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammen. Sie beschloß u. a., daß die Bevölkerung der Gebiete, in denen Aufstimmungen stattfinden, von den bevorstehenden Wahlen zum deutschen Reichstag und von der Wahl des Reichspräsidenten ausgeschlossen sein soll.

Die Friedenskonferenz in San Remo.

(W.B.) Rom, 28. März. (Stefani.) Nach einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Regierungen wird die Friedenskonferenz am 10. und 11. April in San Remo zusammenzutreten.

Antilige Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Beir. Vereinigung der Gemeinden Erismühl und Hirsau.
Die am 26. Februar 1920 beschlossene Vereinigung der Gemeinden Erismühl und Hirsau zu einer Gemeinde mit Wirkung vom 1. April 1920 ab und der hierüber ausgefertigte Eingemeindungsvertrag sind von dem Ministerium d. N. genehmigt worden.
Hiernach hört Erismühl mit Wirkung vom 1. April 1920 ab als eigene Gemeinde auf und es geben von dem genannten Tag ab die örtlichen Amtsgeschäfte von Erismühl an das Schultheißenamt Hirsau über. Erismühl wird antlich künftig die Bezeichnung führen: „Weiler Erismühl rechts der Nagold“.
Dies wird hiermit öffentlich bekannt gegeben.
Den 29. März 1920.

Oberamtmann: G ö s.

Vergütung für Kriegseinstellungen.

Gemäß § 21 Abs. 3 des Gesetzes über die Kriegseinstellungen vom 13. 6. 1873 (R.G.B. S. 129) werden die Gemeinden Calw, Liebenzell und Stammheim aufgefordert, ihre Anerkennnisse über Vergütung und zwar Calw für Vorspannleistung, Quartier und Stallung in den Monaten November und Dezember 1918, Liebenzell für Quartier und Stallung im Monat Nov. 1918, Stammheim für Quartier und Stallung im Monat Nov. 1918 der Oberamtspflege Calw behufs Empfangnahme von Kapital und Zinsen vorzulegen.
Calw, den 27. März 1920.

Oberamtmann: G ö s.

Verfügung

der Fleischverforgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern über die Beschränkung des Nutzvieh- und Geflügelhandels zur Sicherstellung der Durchführung der im Friedensvertrag vorgesehenen Ablieferung von Tieren an Frankreich und Belgien.

In der Verfügung über Beschränkung des Nutzvieh- und Geflügelhandels zur Sicherstellung der Durchführung der im Friedensvertrag vorgesehenen Ablieferung von Tieren an Frankreich und Belgien vom 17. Februar 1920 (Staatsanzeiger Nr. 44) wird die Ziff. 2 des §. 1, die das Verbot des gewerbsmäßigen Auslaufs von Hühnern und Hähnen auspricht, gestrichen.
Sulzgart, den 8. März 1920.

Springer.

Bekanntmachung betr. Schweineverkauf im Schweinehandel.

In der letzten Zeit sind häufig Zuchtschweine (Läufer, Mutterchweine und Eber) über 25 Kilo entgegen § 16 Abs. 4 der Verfügung der Fleischverforgungsstelle vom 9. September 1919, Staatsanzeiger Nr. 201, ohne Zustimmung der Fleischverforgungsstelle erworben oder veräußert worden. Dazu ist stets die Genehmigung der Fleischverforgungsstelle einzuholen. Dem Antrag auf Genehmigung ist vom Käufer eine Bescheinigung seines Ortsvorstehers beizufügen, daß er nicht Händler ist und daß er im Besitze der zur Haltung und Zucht erforderlichen Einrichtungen und der erforderlichen erlaubten Futtermittel ist.

Die Ausstellung von Wandergewerbescheinen für Schweinehändler kann gemäß § 16 Abs. 3 nur erfolgen, wenn die Antragsteller im Besitze eines von der Fleischverforgungsstelle ausgestellten Handelscheines sind. Dem entgegen etwa ausgestellte Wandergewerbescheine sind ungültig und an das Oberamt zur entsprechenden Abänderung zurückzugeben. Personen, die Schweinehandel treiben, ohne im Besitze eines Handelscheines zu sein, machen sich nach § 21 obengenannter Verfügung strafbar. Die Kontrolle der Handelscheine auf den Märkten wird künftig verschärft.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden ersucht, dies wörtlich bekanntzugeben.
Calw, den 29. März 1920.

Oberamt: G ö s.

Gegen die russische Bolschewistenherrschaft.

(W.B.) Amsterdam, 28. März. Wie die finnische Gesandtschaft mitteilt, beschloßen die Provinzstaaten von Ostkarelien mit 122 gegen 2 Stimmen, sich von Russland loszutrennen und den Abzug der bolschewistischen Truppen zu verlangen.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau.

(W.B.) Bern, 27. März. Wie das Poln. Pressebüro mitteilt, hat die polnische Regierung dem zum deutschen Geschäftsträger in Warschau ernannten Grafen Oberndorf ihr Agreement erteilt.

Polnische Zugeständnisse.

(W.B.) Wien, 27. März. Die „Wiener Allg. Ztg.“ entnimmt der Bränner Ribowé Robini eine Meldung aus Ostka, daß die Polen den Deutschen folgende Zugeständnisse gemacht haben: Autonomie Ost-Schlesiens, eine deutsche Universität und Bergschule in Teschen, Polen beabsichtigt, sich in die inneren Angelegenheiten der tschecher Deutschen nicht einzumischen, Offiziere und Mannschaften werden nicht nach Polen verlegt.

Ethnisch-lettisches Abkommen.

(W.B.) Helsingfors, 27. März. Zwischen Estland und Lettland wurde ein Abkommen über Wall erzielt, wonach die Esten ihre Truppen aus dem lettischen Gebiet zurückziehen und die Zugehörigkeit Wall's von einem Schiedsgerichtshof der Entente entschieden wird.

Polnisch-litauische Kämpfe.

(W.B.) Bern, 28. März. Wie das litauische Pressebüro meldet, haben die polnischen Truppen am 16. März auf der Linie Dünaburg—Wilna mit überlegenen Kräften die Litauer angegriffen und zurückgedrängt. Erbitterte Kämpfe auf der ganzen Frontlinie sind im Gange. — Die litauische Gesandtschaft in Berlin teilt dagegen mit, daß vor einer Woche Zusammenstöße zwischen den Vorhuten stattgefunden hätten, seitdem aber Ruhe herrsche.

Auflösung der rumänischen Kammer.

(W.B.) Paris, 29. März. Nach einer Sabas-Meldung aus Bukarest wurde die rumänische Kammer aufgelöst, weil der Führer der Siebenbürgischen Partei von dem Ministerpräsidenten, General Averescu, verlangte, daß er das Programm der Siebenbürgischen Partei ausführen wolle, sonst werde sie, die die Mehrheit im Parlament besitze, ihn nicht unterstützen.

Anruhen im Tanganjika-Gebiet.

(W.B.) London, 29. März. Nach einer Meldung aus Nairobi macht sich unter den Eingeborenen des Tanganjika-Gebiets eine Gärung bemerkbar. Ein britischer Offizier ist ermordet worden. (Tanganjika-Gebiet ist der jetzige offizielle Name für unser ehemaliges Deutsch-Ostafrika, das von England und Belgien aufgeteilt worden ist. Die Schrift.)

Der Schah von Persien in Paris.

(W.B.) Paris, 29. März. Der Schah von Persien ist gestern in Paris angekommen. Er wird Ende April nach Persien zurückkehren.

Eine englische Stimme für die Revision des Friedensvertrags.

(W.B.) Amsterdam, 29. März. Den Blättern zufolge sagte Lord Robert Cecil in der Freitagssitzung des Unterhauses über die Lage in Mitteleuropa, er sei immer der Meinung gewesen, daß die Wiedergutmachungsbestimmungen des Friedensvertrags gar nicht zu rechtfertigen seien. Er wisse, daß manche Mitglieder des Hauses ihn für einen Humanitätsnarren hielten. Aber er habe von vielen Persönlichkeiten, die aus Deutschland und Oesterreich zurückkehrten, Mitteilungen über die völlige Hilflosigkeit der ganzen Bevölkerung erhalten. Wenn man diese Völker wieder auf die Füße stellen wollte, dürfte man sie nicht ohne Hoffnung auf die Zukunft lassen.

Die Vereinigten Staaten von Europa.

Die Turiner „Stampa“ schreibt in einem bemerkenswerten Leitartikel „Brandstiftung“, daß die eigentliche Ursache der Erschütterungen, die Deutschland jüngst durchzumachen hatte, in dem kurzfristigen Verfahren zu suchen sei, das sich die Friedenskonferenz zu eigen gemacht habe. Statt die unterlegenen Völker zu der Konferenz heranzuziehen, um in gemeinsamer Beratung den Wiederaufbau in die Wege zu leiten, habe man ihnen eine Behandlung angeeignet lassen, wie sie kein besiegt Volk bisher erdulden mußte. Man habe vergeffen, daß die Niederringung des deutschen Volkes nur durch einen feindlichen Bund möglich geworden sei, der die ganze Welt umfaßt habe, daß Deutschland nicht militärisch geschlagen, sondern mit den Waffen in der Hand sich zu einem Frieden bereit erklärt habe, der eine neue Lebensgrundlage für ganz Europa zu bieten schien. Deutschlands Würde sei unversehrt und eine Reaktion gegen die fortwährenden und systematischen Erniedrigungen, die die unerfährliche Revancheschucht auskugelte, unvermeidlich gewesen. Habe man so anfänglich die Reaktion geradezu herausgefordert, so sei durch die planmäßige Verhinderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues des Spartakiffentum in Deutschland groß gezogen worden. Politische Kurzsichtigkeit schlimmster Sorte habe die Gefahr heraufbeschworen über das deutsche Volk. Leute, die über diese Gefahr Freude empfänden, hätten nicht bedacht, daß der Untergang Deutschlands zugleich den Europas bedeute und daß es infolgedessen im gemeinsamen Interesse liege, ihn zu verhindern. Um das zu erreichen, genüge allerdings heute, nach den neuen Erschütterungen, das Wirtschaftsmanifest der Friedenskonferenz nicht mehr. Es sei zwecklos, noch immer Geldentschädigungen von den fast zerstörten Staaten zu erträumen, und ebenso zwecklos, mit kleinlichen Gebietsfragen die Zeit zu vertrödeln. Jetzt helfe es, zu einer günstigen Zeit mit dem alten System abbrechen und eine Politik der Solidarität Europas einzuleiten, deren letztes fernes Ziel die Vereinigten Staaten in Europa seien. Wenn die Friedensverträge dieser Politik hinderlich seien, dann müßten sie eben beseitigt werden.

Subentaufe in Ungarn.

Wie aus Budapest gemeldet wird, sind seit dem Sturz Bela Kuns 3000 Juden Christen geworden. Ohne Zweifel ist der durch die Ausschreitungen der Kommunisten (deren Hauptführer übrigens mit einer Ausnahme Juden waren) hochgesteigerte Judenhaß mitbestimmend für den Schritt der Uebergetretenen gewesen, die etwaigen Verfolgungen entgegen müßten.

Wirbelstürme in Nordamerika.

(W.B.) London, 29. März. Einer Neutermeldung aus New-York vom 29. März zufolge hat eine Reihe von heftigen Wirbelwinden gestern Nordost-Illinois und Teile von Ohio, Michigan, Indiana, Missouri, Wisconsin, Georgia und Alabama heimgesucht. Zahlreiche Personen wurden getötet. Hunderte von Häusern sind weggesperrt worden. Da viele Telegraphenleitungen zerstört sind, fehlen nähere Nachrichten.

Deutschland.

Das Strafgericht.

(W.B.) Berlin, 29. März. Wie wir aus dem Reichsministerium hören, haben infolge der letzten Ereignisse verschiedene Offiziere ihre Verabschiedung erbeten bzw. sind in ihren Stellungen ercht worden, u. a.: General v. Märker und v. Lettow-Vorbeck. Die Frage, wie weit diese Offiziere durch ihr Verhalten während der letzten Vorgänge belastet sind, wird eingehend geprüft. — Gegen den früheren General v. Lüttich ist seitens der zuständigen Militärgerichtsbarkeit ein Haftbefehl erlassen worden. — Wie die „Voss. Ztg.“ bestätigt, ist General v. Lüttich geflüchtet und spurlos verschwunden. — Die Vermögensbeschlagnahme gegen die Angeeschuldigten des Rapp-Lüttich-Prozesses ist am 25. März vom I. Strafsenat des Reichsgerichts beschlossen worden. — Wegen der Kieler Vorgänge ist die Voruntersuchung gegen Admiral a. D. v. Lewekow, Major a. D. v. Winterfeldt, Oberbürgermeister v. Lindemann, Regierungspräsident Pauli (Schleswig) und Landrat Jehr. v. Löw ausgedehnt worden. v. Lewekow ist verhaftet; Pauli befindet sich in Schutzhaft. Die übrigen Angeeschuldigten sind

Diet.

Meldung aus Tanagerita-Gez... ist ermordet... Name für... England und

Paris.

Berlin ist gestern... zurückkehren.

Revision

ern zufolge sagte... Unterhauss... gewesen, ... gar... Mitglieder des... über er habe von... zurück... der ganzen... auf die Füße... auf die Zu...

Europa.

emerkenswerten... Ursache... durchzumachen... sei, das sich... habe. Statt... anzuziehen, um... die Wege zu... lassen, wie... Man habe... Volkes nur... sei, der die... nicht militärisch... sich zu einem... Lebensgrundlage... Würde sei un... währenden und... liche Resonanz... man so an... so sei durch... Wiederauf... gezogen worden, die Gefahr her... über diese Ge... daß der Unter... te und daß es... ihn zu verfr... heute, nach den... der Friedens... immer Geld... zu erkräumen... gen die Zeit zu... Zeit mit dem... Solidarität Euro... nigten Staaten... dieser Politik... werden.

dem Sturz Bela... Ohne Zweifel... (Beren Haupt...) hochgestiegerte... eberrückenden ge...

ha.

eldung aus New... heftigen Wirbel... Ohio, Michigan... ama heimgefu... von Häusern sind... gen zerfällt sind,

dem Reichsmini... richte verschiedene... en bzw. sind in... al v. Märker... weit diese Offi... in Borgänge be... den früheren... ndigen Militä... . — Wie die... geflüchtet und... ensbeschlag... tützig-Prozesses... richts beschlosse... ge ist die Bor... w, Major a. D... Lindemann, ... Landrat Frhr... verhaftet; Pauli... geschuldigten sind

flüchtig. Die Steckbriefe gegen die des Hochverrats beschuldigten Personen sollen nicht nur im Jahrbuchblatt, sondern auch in den Tageszeitungen, sowie an den Anschlagssäulen veröffentlicht werden. Für sachdienliche Beihilfe zur Aufklärung des Sachverhalts oder Ueberführung und Ergreifung eines Angeschuldigten wird eine Belohnung bis zu 10 000 M ausgesetzt. — Nach Mitteilung des Oberreichsanwalts ist der Unterstaatssekretär a. D. v. Falkenhäusen in Brandenburg verhaftet worden und dort bereits gerichtlich vernommen worden. v. Falkenhäusen wurde am 25. März nach Leipzig gebracht und ist dort von dem Untersuchungsrichter vernommen worden.

Kapitalertragsteuer und Hypothekenschuldner.

(BZV.) Berlin, 29. März. Zwecks Vereinfachung hat das Reichsfinanzministerium bewilligt, daß Darlehenszinsen an steuerbefreite Institute und Unternehmungen, wie inländische Hypothekendarlehen, Lebensversicherungs-Gesellschaften, Sparkassen, Banken und Bankfirmen, Genossenschaften und öffentlich-rechtliche Kreditanstalten abzugsfrei an den Gläubiger zu zahlen sind.

Die Regelung der Eisenwirtschaft.

(BZV.) Berlin, 29. März. Der Reichsrat nahm heute den Entwurf einer Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft an. Der Berichterstatter erklärte, es müsse eine Art Selbstverwaltung der Eisenindustrie eingerichtet werden, um der immer weiter gehenden Preissteigerung Einhalt zu tun. Die vollständige Aufhebung der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiet habe zu großen Preissteigerungen geführt, die zu einer schweren Katastrophe auf dem Eisenmarkt führen müßten.

Deutschlands Stickstoffherzeugung.

ml. Das unter Beteiligung des Reichsiskus gegründete Stickstoffsyndikat, das alle deutschen Stickstoffwerke, sowohl die den Luftstickstoff verarbeitenden wie auch die den Stickstoff aus der Kohle gewinnenden Kokereien und Gasfabriken umfaßt, wird über eine jährliche Gesamterzeugung von etwa 5 000 000 Tonnen Stickstoff verfügen, die sich aus 2 000 000 Tonnen Ammoniumsulfat, enthaltend 400 000 Tonnen Stickstoff und 500 000 Tonnen Kalkstickstoff, enthaltend 100 000 Tonnen Stickstoff, zusammensetzen. Vor dem Kriege erzeugte Deutschland, wie der „Prometheus“ referiert, etwa 110 000 Tonnen Stickstoff und führte, da diese Menge zur Deckung unseres Bedarfs bei weitem nicht ausreichte, noch 750 000 Tonnen Salspeter aus Chile ein, die etwa 116 000 Tonnen Stickstoff enthielten, so daß rund 226 000 Tonnen Stickstoff im Jahre verbraucht wurden. Während des Krieges hat sich also die deutsche Stickstoffherzeugung vervielfacht, und heute stellen wir mehr als doppelt soviel Stickstoff her, als wir vor dem Kriege verbrauchten. Von dieser Erzeugung will das Reich bzw. das Stickstoffsyndikat 90 Prozent für die Landwirtschaft bereitstellen, und der Wettbewerb des Auslandes soll möglichst ausgeschaltet werden.

Zwangswirtschaft.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft wird heute besonders aus den Kreisen der Landwirte heraus gefordert. Die Regierung Kapp hatte sie in ihr Programm aufgenommen. Was wären aber die Folgen, wenn wir heute die freie Wirtschaft einführen würden? Im „Tag“ schildert der Abg. Schmidtthals, wie bei der völligen Aufhebung der Zwangswirtschaft der Preis der Lebensmittel sofort bis an den Weltmarktpreis heran in die Höhe klettern würde. Der Zentner Roggen würde beispielsweise auf 250—300 Mark kommen, das Pfund Brot auf 2,50 bis 3 Mark. Dementsprechend würde eine Preissteigerung auf allen Gebieten eintreten, voran bei den Löhnen. Die daraus für die Allgemeinheit sich ergebenden Folgen mag ein jeder sich klar machen. Wie wäre es aber für die Landwirtschaft? Für die Landwirtschaft ergäbe sich folgendes Bild: Die Preise der Produkte steigen zunächst an den Weltmarktpreis heran, ausgedrückt in unserer Valuta, sagen wir in einer runden Zahl, steigen um 1000 v. H. Die Unkosten klettern infolge Verteuerung der gesamten Lebenshaltung langsam nach und steigen um rund 600 v. H. Der Landwirt hat einen starken Ueberschuß. Nun aber ist die Gestalt der Preise seiner Produkte einzig und allein abhängig vom Ausland, und zwar ist nicht der Weltmarktpreis dabei das Ausschlaggebende, sondern die Gestalt der Valuta. Von ihr hängt alles ab. Die gestunene Valuta hat die Preise so anschwellen lassen; ändert sich das Bild, steigt die Valuta, so kann billiger im Ausland gekauft werden, so fallen die Preise. Steigt also der Wert der Mark im Ausland von 5 auf 10 Pfennig, so geht im selben Tempo die anfängliche Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte von 1000 v. H. auf 500 v. H. zurück, steigt die Mark von 10 auf 20 Pf., so geht die anfängliche Preissteigerung weiter auf 250 v. H. zurück. Die auf 600 v. H. gestiegenen Unkosten machen aber diesen Rückgang in gleichem Tempo nicht mit; während das Fallen der Preise der Produkte Schlag auf Schlag geht, sinken die Unkosten nur sehr allmählich. Während also die anfängliche Steigerung der Einnahmen von 1000 v. H. bereits auf nur 250 v. H. zurückgegangen ist, hat die Steigerung der Unkosten um 600 v. H. nicht wesentlich nachgelassen. Die Folge ist, daß die Einnahmen schließlich geringer sind als die Ausgaben. Ehe dieses Verhältnis sich dann mit der Zeit wieder ausgeglichen haben wird, wird es lange dauern. Auf die fette Zeit wird eine lange sehr magere folgen, besonders schlimm für die Betriebe, die auf viel Arbeitskraft angewiesen sind; sie würden vollständig unlohnend werden, die intensive Wirtschaft würde zurückgehen, die Produktion fallen. Da wir aller Voraussicht nach einer Zeit entgegengehen werden, in der die Valuta sprunghaft hin und her pendeln wird, so würde eine vollkommene Abhängigkeit der Landwirtschaft von der Valuta von den schwersten Folgen begleitet sein. Irgend eine Hilfe dagegen gäbe es nicht, an Schutzoll wäre doch bei einer solchen Entwicklung der Dinge nicht zu denken. Die Landwirtschaft braucht aber eine ruhige stetige Entwicklung, braucht feste Preise. Was im Herbst gesät wird, bringt erst im nächsten Sommer Frucht, im Herbst muß daher der Land-

wirt einigermaßen wissen, was die Frucht in Monaten bringen wird. Ist das nicht möglich, ist alles schwandend, so ist eine richtige Wirtschaft, ein ordnungsmäßiger Betrieb nicht möglich. Das wären die Folgen einer vollkommenen Annäherung an den Weltmarktpreis und der Abhängigkeit der Valuta. Durch das katastrophale Sinken unserer Valuta in den letzten vier Monaten ist das Bild so wesentlich anders geworden.

Die Zwangswirtschaft hätte den größten Fehler begangen dadurch, daß sie nicht mit den Preisen entsprechend den steigenden Unkosten mitgegangen ist, dadurch wirkte sie produktionshemmend. Das wird jetzt geändert; mit steigenden Unkosten gehen die Preise gleichzeitig in die Höhe. Belohnt der Landwirt entsprechende Preise, so kann er auch unter der Zwangswirtschaft genügend produzieren. Die weiteren Sünden der Zwangswirtschaft in Lebensmitteln sind der teure Apparat, der elende Bürokratismus, die ungeeigneten Beamten, das Schleich- und Schiebertum. Man wird hiergegen durch bessere Selbstkontrolle viel schaffen können; was nicht auszumerzen ist, wird man tragen müssen, als ein Uebel der Zeit, das getragen werden muß, um Schlimmerem vorzubeugen.

Freilich, die Voraussetzung für eine erfolgreiche Fortsetzung unserer Ernährungswirtschaft ist die, daß wir die Grenzen der Nahrungsmittel fortgeholt, und wir verhungern. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt alles ab. Bis heute ist sie nicht gelöst. Gelingt es nicht, die Ausfuhr an Lebensmitteln zu unterbinden oder auf ein bescheidenes Maß einzuschränken, so bleibt uns nichts anderes übrig, als den verzweifelten Sprung aus dem Fenster zu tun, die freie Wirtschaft einzuführen, den Ausgleich an den Weltmarktpreis zu schaffen, dann aber je eher, je besser.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. März 1920

Passionskonzert des Kirchengesangsvereins.

Man schreibt uns: So sehr die Gegenwart uns mit Sorge um Einzelgeschick und Vaterland erfüllt, bedürfen wir eines Gegengewichts, um uns von ihr nicht aufreiben oder durch die Fälle der Zeiterlebnisse abstupfen und verflachen zu lassen. Wollen wir nicht bloß dahin leben, so benötigen wir im Wirbel der Ereignisse Selbstbefestigung wie das tägliche Brot. Wer führt mehr zu ihr als die stille Woche mit dem Versenden in Leiden, Sterben und den Sieg unseres Heilandes! Wie Wort und Predigt im Gottesdienst, so versucht der Kirchengesangsverein mit seinem am Karfreitag nachmittags stattfindenden Konzert darzustellen, wie dieses immer wieder erfüllternde, durch den Opfertod unserer Gefallenen uns innerlich noch näher gekommene Schicksal des Erlösers auf die Meister der Tonkunst von alter und neuer Zeit gewirkt hat und wie sie ihr Erleben in Tönen ausdrückten. Die Vortragsfolge ist so reichhaltig, daß jeder suchende Zuhörer ihr Klänge entnehmen wird, die in ihm Widerhall finden. Möchte ein reger Besuch die Absicht von Leiter und Mitwirkenden, die Gemeinde und die Freunde des Kirchengesangsvereins mit einer Auswahl des Schönsten und Erhebendsten dieser Gattung der Tonkunst zu erfreuen, die monatelange mühevollen Vorarbeit, welche solche Darbietungen erfordern, und den guten Zweck, dem der Reinertrag dient, lohnen!

Eine Mahnung zum Zusammenschluß.

Der „Staatsanzeiger“ schreibt in einem amtlichen Artikel unter der Ueberschrift: „Zusammenschluß“ zu den politischen Vorgängen im Lande selbst folgendes: Neben den Gewerkschaften der großen Städte haben auch andere Erwerbstreife des Landes Anspruch auf Beachtung, und es widersprüche den elementarsten Grundsätzen der Demokratie, sie ausschalten zu wollen. Wenn man von der Bürgerschaft im weiteren Sinne des Wortes verlangt, daß sie der demokratisch-republikanischen Staatsform treu bleibt, so muß sie bei ihrer Verteilung geschlossen mitzuwirken Gelegenheit haben. Auch bei uns in Württemberg sollte die Entspannung der Lage Veranlassung zu einem noch engeren Zusammenschluß aller ehrlich demokratisch gesinnten Volksteile geben.

Regierung und Arbeiterschaft.

Die bekannten Forderungen der Berliner Gewerkschaften, die auch von den Stuttgarter Vertretern der Arbeiterschaft an die württembergische Staatsregierung gestellt wurden, verminderten sich in einer am Samstag stattgehabten gemeinsamen Sitzung des Staatsministeriums und der Arbeitervertreter nach eingehender Aussprache auf drei Punkte. Zu diesen drei Punkten hat das württ. Staatsministerium in einer Sitzung am Nachmittag desselben Tages folgende Stellung eingenommen:

Bad Liebenzell.

Da wir am dortigen Plage keine geeignete Person zum Austragen unserer Zeitung gefunden haben, muß die

Zustellung unseres Blattes wieder durch die Post erfolgen,

wir ersuchen deshalb unsere dortigen Leser das Blatt ab 1. April

beim Postamt Liebenzell zu bestellen.

Verlag
des Calwer Tagblattes.

1. Das Entscheidungsrecht über die Verwendung der Reichswehr und ihrer einzelnen Kontingente steht nach der Reichsverfassung ausschließlich der Reichsregierung zu. Die vom württ. Staatsministerium bei der Beratung der Reichsverfassung gestellten Anträge auf Sicherung eines stärkeren Einflusses auf das württ. Kontingent haben keine Annahme gefunden. Es ist daher nicht in der Lage, Forderungen in dieser Richtung an die Reichsregierung zu stellen. Dagegen ist es der Auffassung, die sicher auch von der Reichsregierung geteilt wird, daß keine militärischen Machtmittel zur Niederhaltung der auf gesetlichem Boden stehenden Arbeiterbewegung verwendet werden sollen. Sie dürfen nur zur Verwendung gelangen, wo den Versuchen auf Untergrabung der demokratischen Staatsverfassung und auf Zerstörung des Wirtschaftslebens nicht anders begegnet werden kann.

2. Das württ. Staatsministerium ist bereit, die Organisation der Einwohnerwehr auf eine breitere Grundlage zu stellen und allen auf dem Boden der demokratischen Verfassung stehenden Staatsbürgern, somit auch den Arbeitern, den Eintritt zu ermöglichen. Es wird Vorzorge getroffen werden, daß die Leitung der Einwohnerwehr überall in Händen liegt, die unzweifelhaft auf dem Boden der verfassungsmäßigen Regierung stehen.

3. Die angebotene Mitwirkung der Gewerkschaften im Kampfe gegen die Reaktion nimmt das württ. Staatsministerium mit Dank an. Es wird ihnen, ebenso wie den Vertretern aller übrigen Berufsgruppen, zur Entgegennahme von Wünschen und Anträgen stets zur Verfügung stehen.

Warnung vor dem Eierstreik.

Das Ernährungsministerium gibt bekannt: Es häufen sich neuerdings die Fälle, in denen die Geflügelzüchtervereine oder Vereinigungen solcher in Zuschriften an die Presse oder in Eingaben an die beteiligten Behörden versuchen, durch Drohung mit dem Lieferstreik eine Aenderung der Eierbewirtschaftung zu erzwingen. Die Oberämter werden angewiesen, künftig gegebenenfalls gegen die verantwortlichen Personen alsbald Strafantrag gemäß § 114 (Nötigung von Beamten) des Reichsstrafgesetzbuches zu erstatten.

Ermäßigungen der Tabaksteuer.

Die Ermäßigung der Tabaksteuer beträgt im April 1920 für Zigaretten 70 Proz., für Zigaretten in den fünf höchsten Steuerklassen 50 Proz. und für feingeschnittene Rauchtabelle in den beiden obersten Steuerklassen 20 Proz. der vollen Tabaksteuerhöhe. Die Tabaksteuer wird jedoch nicht unter den Betrag von 87 Mark für 1000 Stück, für feingeschnittene Rauchtabelle nicht unter den Betrag von 32 Mark für 1 Kilogramm ermäßigt.

*

G. Würzbach, 28. März. Die hiesige Gemeindejagd, welche schon eine Reihe von Jahren an hiesige Bürger um den Preis von 300 Mark verpachtet war, wurde gestern im Wege des öffentlichen Aufstreichs auf 6 Jahre verpachtet. Es wurde ein jährlicher Pachtzins von 8500 Mark erzielt.

sch. Gehlingen, 30. März. Eine Schülerfamilton für das Blindenajhl in Gmünd brachte den schönen Betrag von 250 Mark ein. Das Geld wurde der Anstalt, die sich in großer Not befindet, zugeschiekt.

oe. Liebenzell, 27. März. (Sitzung des Gemeinderats.) Anwesend 10 Mitglieder. Vom Schultheißenamt Maisenbach wurde angeregt, bei Wiederherstellung des durch Wasser beschädigten Nachbarchaftsweges Schönbberger Steige—Maisenbach den unbenommenen Stich zu beseitigen. Der Gemeinderat war hiesig bereit, unter der Voraussetzung, daß Maisenbach die Hälfte der Kosten trägt. Da Maisenbach sich aber nur zu einem Beitrag von 500 M. verstehen konnte, wird beschlossen, durch Aufführung der Mauer den Weg wieder in den früheren Zustand bringen zu lassen. — Der Gemeinderat von Ernsmühl teilt bezügl. der Erhöhung des Verpflegungsgeldes für Farrenhaltung mit, daß er laut Eingemeindungsvertrag nicht mehr in der Lage sei, Ausgaben zu genehmigen; man möchte sich an die Gemeinde Hirfau wenden. Da Ernsmühl bis 1924 an den Vertrag gebunden ist, wird beschlossen, sich mit Hirfau ins Benehmen zu setzen. — Dem Waldhüter Schneller in Oberlengenhardt, dem der Schutz des städt. Waldteils auf dortiger Markung übertragen ist, wird für 1919/20 eine Zulage von 20 M. bewilligt. — Als stellb. Untergänger werden gewählt: Geometer Spielhofer und Gemeinderat Weil. — Der Vorsitzende berichtet über die Tagfahrt für Instandsetzung des Monachstals und verliest das hierüber ausgearbeitete Protokoll. — Zur Teilnahme an der am 6. April in Stuttgart stattfindenden Mitgliederversammlung des Fremdenverkehrsvereins wird Stadtschultheiß Mäulen beauftragt. — Auf Antrag des Kuratoriums wird beschlossen, bei der Kreisregierung um die Genehmigung zur Erhöhung der Kurtaxe um 100 Prozent und zur Erhebung einer städt. Wohnsteuer von 50 S. pro Tag und Person für Passanten nachzusuchen. — Zur Ehrung des aus dem Kuratorium austretenden Apothekers Mohl und in Würdigung seiner Verdienste um Hebung des Kur- und Fremdenwesens wird beschlossen, dem neuangelegten Weg vom Zwerned zum Schloßweg den Namen „Karl Mohl-Weg“ beizulegen.

m. Reubulach, 28. März. Von dem Ertrag der von dem Schwaben- und Schwäb. Badischen Frauen-Verein in Chicago veranstalteten Festschicht „Chicagoer Messe zur Bänderung der Rot der deutschen Brüder“ wurde durch den Schwaben-Verein Chicago der hiesigen Gemeinde eine Liebesgabe von 2000 Mark zur Unterstützung der Notdürftigsten ihrer Mitbürger übermittelt. Die Gabe wurde dankbar angenommen und wird über Opfern namentlich unter die zahlreichen Witwen gefallener Krieger und sonstige Bedürftige zur Verteilung kommen. Die Gemeindevertretung erblickt in der hochherzigen Gabe ein Zeichen der Heimatliebe der seiner Zeit ausgewanderten Bürger, denen das Schicksal der Stammverwandten am Herzen liegt.

Für die Schriftl. verantw.: J. Bertr.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
 Am Mittwoch, den 31. März, wird auf der Freibank vormittags von 8-12 Uhr an den Buchstaben R Schweinefleisch verkauft, das Pfund zu Mk. 4.20. Lebensmittelbücher und Fleischkarten sind mitzubringen.
 Es können gekauft werden auf Lebensmittelmarke Nr. 196 Runkelkorn 1 Anteil 125 Gramm, Nr. 197 Rufe 1 Anteil 200 Gramm.

Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister wurde heute bei der Einzelfirma Champagnerfirma Georg Ludwig Pfau in Calw eingetragen: Unter der Firma „Champagnerfirma Georg Ludwig Pfau“ wird nur Champagner der Marke „Pfau-Sekt“ hergestellt und vertrieben.
 Den 27. März 1920.

Amtsrichter: Bötteler.

Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister wurde heute zu der Firma: Hans Hamann in Neubulach eingetragen: Inhaberin der Firma ist infolge Ablebens des bisherigen Inhabers Hans Hamann, dessen Witwe Emilie Hamann, geb. Bentel in Neubulach.
 Den 27. März 1920.

Amtsrichter: Bötteler.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Die Auszahlung von Kranken- und Wochengeldern findet ausnahmsweise am **Gründonnerstag**, den 1. April 1920, von 8-1 Uhr und 2-4 Uhr statt.
 Calw, den 30. März 1920.

Kassenverwaltung: Prof.

Weinberg, den 26. März 1920.

Dankagung.



Für alle Freundlichkeit und Liebe, die mir bei meinem schweren Verluste bewiesen wurde, sage ich allen, der ganzen Gemeinde, dem Herrn Stadtpfarrverweser, dem Herrn Schultheißen, den lieben Kollegen, sowie den Sängerinnen und den Schülern aus schmerz erfülltem Herzen innigen Dank.

Friedrich Klein, Hauptlehrer, mit Gerhardt.

Eingetroffen! Eingetroffen!
 Große Auswahl feuerfestes **Kochgeschirr** sowie alle Gattungen **irbenes und Steingutgeschirr.** Verschiedene Requirier- und Kochöfen sind wieder am Lager.
Karl Forstbauer, Herb- u. Ofengeschäft Bad Liebenzell.

Achtung! Als Osterhase Achtung!
 empfehlen wir unsere **billigen Ziehharmonikas** das Stück von 40 Mark an. Auf Wunsch erhält jeder Käufer Unterricht von Meisterspieler Hohnloser.
Ziehharmonikafabrik Gebrüder Hohnloser Pforzheim, Bergstraße 27.

Forstamt Hirsau.
 Vermöge Entschließung des Finanzministeriums ist
 1. den bereits einmal prämierten Arbeitern mit 40 und mehr Dienstjahren:
 Ulrich Koller, Holzhauerobmann und Wegwart in Altburg;
 Gottlieb Kugele, Holzhauer und Wegwart in Oberkollbach;
 Michael Burkhardt, Holzhauerobmann und Wegwart in Ottenbronn;
 2. den Arbeitern mit über 25 Dienstjahren:
 Daniel Kraft, Holzhauer in Oberkollbach;
 Jakob Blach, Holzhauer in Oberkollbach;
 in Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienstleistungen in den Staatswaldungen

je eine Urkunde und eine Geldbelohnung aus der Forstkasse bewilligt worden.

An sämtliche Ortsbehörden des Oberamtsbezirks Calw.
 Zur **Verhütung von Waldbränden** werden die Ortsbehörden veranlaßt, ihre Gemeindeangehörige auf die Bestimmungen der §§ 308, 309, 308 No. 6 des Reichsstrafgesetzbuchs, sowie der Artikel 30 und 32 des Forstpolizeigesetzes durch eine öffentliche Bekanntmachung in Klärze zu verweisen und für entsprechende Belehrung und Ermahnung der Schuljugend Sorge zu tragen.
 Hirsau, den 29. März 1920.
 Namens sämtlicher beteiligten Forstämter Forstamt: Lechler.

Am **Mittwoch Nachmittag** sind unsere **Geschäftsräume geschlossen.**
Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe e. G. m. b. H. Calw.

Rüchensfutter Hirse Futterkalk empfiehlt **Otto Jung, Landesprodukte.**
 1 Paar getragene, aber frisch gefolte **Militär-Schnürschuhe** Größe 28 ist zu verkaufen. Lederstr. 103 I.

Schwarzer Kleiderstoff preiswert zu verkaufen oder gegen lilafarbene einzutauschen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Ein fast neues, m. Spiralfeder versehenes starkes **Sofa** ist wegen Platzmangel zu verkaufen oder gegen Lebensmittel, umzutauschen. Auskunft erteilt: **H. Muhn, Hirsau.**

Guterhaltener **Klapp-Sportwagen** mit Verdeck u. Gummirädern zu kaufen gesucht. Angebote m. Preisangabe an die Geschäftsstelle d. Bl.

„Nissin“ gegen **Kopfläuse** Nichts anderes nehmen zu haben in der Neuen Apotheke

Neubulach. Am **Osternmontag** verkaufe ich von 1 Uhr ab: ein wenig gebrauchtes **Terrazzo-wassersteinmobell, 2 Walzen,** sowie ein starkes **Fahrrad** ohne Bereifg. (Friedenswärer) **Margdalena Blach We.**

Neue oder gebrauchte **Hobelbank** zu kaufen gesucht und erbittet Angebot **Gustav Köhler, Mühlenbauanstalt, Lalmühle.**

Guterhaltenes **Fahrrad** preiswert zu verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Guterhaltene **Angelrute** (Fliege) mit Zubehör zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Erntmühl. Ein 2-4 Monate altes **Zucht-Rind** sucht zu kaufen **Michael Hager.**

Heiratsgesuch.
 Witwe, Mitte 40er Jahre mit zwei erwachsenen Kindern in angenehmer Stellung wünscht m. Fräulein in gezieltem Alter zwecks Heirat in Verbindung zu treten. Kriegervollwe mit 1 Kind nicht ausgeschlossen. Briefe, wenn möglich mit Bild sind zu richten: Postlagernd F. R. 32 Postamt Calw. Verschwiegenheit zugesichert.

Zur Saat empfehle **Kotklee samen Luzerne (Ewiger Klee) Weißklee (Steinklee) Timothy (Fuchschwanz) Grassamen-Mischung Garten samen** aller Art in bester keimfähiger Ware zu billigsten Tagespreisen **Otto Jung, Landesprodukte.**

Suche sofort oder 1. 4. festes, braves **Mädchen** nicht unter 19 Jahren fürs Haus in Ort Nähe Konstanz. Monatl. Lohn 60 Mk. Reise frei. Angebote unter G. 71 n die Geschäftsstelle d. Bl.

Suche auf 15. April oder später tüchtiges ordentliches **Mädchen** hoher Lohn, sowie gute Behandlung und Verpflegung zugesichert. Auch Reisegeld. Mädchen, die auf Dauerstellung rechnen, wollen sich melden. Frau Willy Henkel, Pforzheim.

Tüchtiges **Alteimmädchen** in kl. Haushalt n. Pforzheim per 1. Mai od. später gesucht. Dasselbe muß perfekt in all. Hausarb. sein, und auf hohen Lohn Anspruch machen können. Kochkenntnisse erwünscht. Gute Behandlung und Verpflegung zugesichert. Angeb. mit Zeugnis und Lohnansprüchen an Frau Fabrikant Schwinggäbele, Pforzheim, Friedensstr. 31.

Zu baldigem Eintritt wird ein jüngeres **Kinder-Mädchen** zu 2 Kindern gesucht. Sommer, zum Kurpark, Liebenzell.

Lauf-Mädchen oder Frau für einige Stunden vormittags gesucht **Bahnhofstraße 406.**

Zum schönen v. Gartenland 1 oder 2 Personen gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Wer übernimmt fortlaufendes Sammeln von **Brombeer-Blättern** gegen gute Bezahlung? Angebote an Friedr. Kraushaar, Kaffee- u. Tee-Handlung, Stuttgart, Gutenbergstraße 109

Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.
Die General-Versammlung
 findet am 31. März 1920, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof zum „Badischen Hof“ in Calw statt.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
 2. Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats.
 3. Verwendung des Reingewinns.
 4. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern.
 5. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.
 6. Festsetzung der Höchstätze im Sinne des § 30 Abs. 2 der Satzung.
 7. Auszahlung der Gewinnanteile aus vollen Geschäftsanteilen.
 Wir laden unsere Mitglieder zur Teilnahme an der Versammlung freundlichst ein.
 Calw, den 24. März 1920.
Für den Vorstand: Georg Wagner. Für den Aufsichtsrat: Hans Fechter.

Rüfer-Innung Bezirk Calw.
 Zu der am Donnerstag, den 1. April nachmittags 1 Uhr stattfindenden **Versammlung** beim Vorstand werden alle Kollegen dringend eingeladen.
 Der Vorstand: Schab.

Friedrich Deyle Calw Bahnhofsstrasse
Spezialgeschäft in Baumwollwaren
Rein Laden!

Emaillierten-Behrmädchen bei gründlicher Ausbildung kann sofort eintreten **Aug. Allmann, Email-Kunst-Anstalt Pforzheim, Westl. Karl-Str. Str. 63.**

Landwirtschaftliche Maschinen und **Geräte aller Art** sowie **Siebe und Drahtwaren** empfiehlt **Gg. Wackenhuth.**

2 gute Milchkuhe zu kaufen gesucht. **Emil Bockhardt, Bad Teinach.**

Etwa 12 Zentner **Heu** und einige Zentner **Dehmd** gut eing. bracht zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.
 Für sofort eodl. für 1. Mal von anständigem, solidem Herrn **möbl. Zimmer** gesucht. Gest. Angebote unter F. 74 an d. Geschäftsst. d. Bl.